

Kuntze, Oscar-Erich

**Article**

## Österreich: Konjunkturelle Erholung bei verstärktem strukturellen Wandel

ifo Schnelldienst

**Provided in Cooperation with:**

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Kuntze, Oscar-Erich (2004) : Österreich: Konjunkturelle Erholung bei verstärktem strukturellen Wandel, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 57, Iss. 06, pp. 58-67

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/164038>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Österreich: Konjunkturelle Erholung bei verstärktem strukturellen Wandel

58

Oscar-Erich Kuntze

**Allmähliche konjunkturelle Erholung 2003. Festigung der Zunahme von Nachfrage und Produktion 2004 und 2005. Geldpolitik stimuliert zunächst weiter. Finanzpolitik gibt 2005 leichte Impulse, bei steigendem, aber immer noch geringem Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte. Bremsende Effekte der Euro-Aufwertung lassen allmählich nach. Fortsetzung der Wirtschaftsreformen. Steuerreform 2005. Preisanstieg bleibt mäßig. Besserung auf dem Arbeitsmarkt erst 2005. Weiter annähernd ausgeglichene Leistungsbilanz.**

Das soziale und politische Umfeld war 2003 geprägt von in Österreich während der letzten Jahrzehnte ungewöhnlichen Erscheinungen wie Großdemonstrationen, umfänglichen Arbeitskämpfen und vielfältigen lebhaften Auseinandersetzungen, die über den parlamentarischen Raum hinaus auch eine breite Öffentlichkeit erfasste. Das Jahr 2004 verspricht ebenfalls lebhaft zu werden. Dies alles wird von dem Reformprozess verursacht, den das Land durchläuft. Dieser bringt zwar verschiedentlich wesentliche, meist längst überfällige Änderungen und Einschnitte in Tradiertes. Doch geht er nicht so weit, dass die österreichische Identität, wie sie vom Gros der Bevölkerung empfunden wird, wesentlich beschädigt würde – ein Weg also, wie ihn Schweden seit den neunziger Jahren geht.

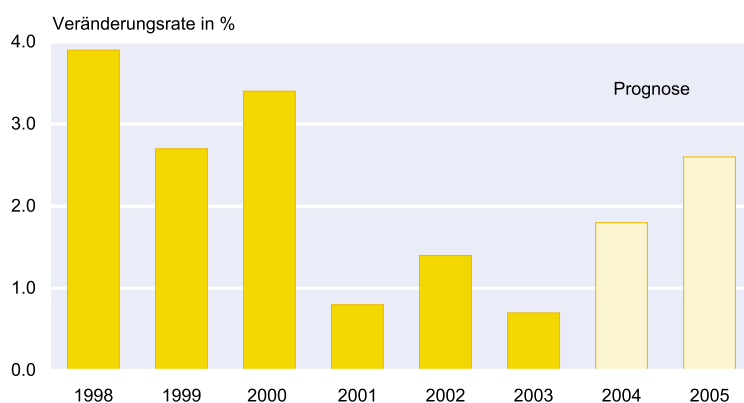
Die Bundesregierung hat sich mit der Kabinettsumbildung vom Oktober 2003 stabilisiert, wobei es weiterhin der Juniorpartner FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) ist, der dem seit Frühjahr 2003 amtierenden »schwarz-blauen« Kabinett Schüssel II aus ÖVP (Österreichische

Volkspartei) und FPÖ interne Querelen bereitet. Diese haben weniger in den von der FPÖ gestellten Regierungsmitgliedern ihren Ursprung, als vielmehr in dem aus dem Hintergrund agierenden Landeshauptmann von Kärnten und Spiritus rector der FPÖ, Jörg Haider. Bei der Kabinettsrochade vom letzten Oktober wurde der FPÖ-Vorsitzende Haupt als Vizekanzler auf Druck Haiders durch den bisherigen Infrastrukturminister Gorbach abgelöst. Haupt bleibt bis zum Parteitag 2004 Obmann der FPÖ, doch wurde ihm Haiders Schwester als geschäftsführende Vorsitzende zur Seite gestellt. Damit lassen sich Richtungsänderungen der Partei leichter bis zur Spitze transportieren, was die Tragfähigkeit der Koalition aber eher verringert.

Diesem Revirement vorausgegangen waren im September 2003 Landtagswahlen in Oberösterreich und in Tirol, bei denen die FPÖ wie schon bei den Wahlen zum Nationalrat im November 2002 massive Stimmenverluste erlitt. Diese Tendenz setzte sich bei den Landtagswahlen in Salzburg im März 2004 fort, während die FPÖ bei den Landtagswahlen in Kärnten überraschenderweise sogar noch etwas zulegen konnte, was die Position Haiders stärkt. Gewinner waren vor allem die auf Bundesebene oppositionellen Sozialdemokraten (SPÖ) und die Grünen. Die ÖVP bekam den Unmut über die Reformen der von ihr geführten Bundesregierung deutlich zu spüren und verlor überall Stimmen.

Trotz der für die FPÖ und den unberechenbaren Kärntner Landeshauptmann Haider sehr durchwachsenen Wahlergebnisse dürfte die Bundesregierung zumindest auf absehbare Zeit weiter bestehen und ihre Reformen fortführen. Deren wichtigste sind die Zusammenlegung von

## Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Bundesgendarmerie, Zollwache und Polizei, die Zerlegung der Österreichischen Bundesbahnen in drei formal selbständige Einzelunternehmen, eine Rentenreform sowie die Steuerreform 2004/2005.

Der Reformeifer geht jedoch noch weiter. So trat Mitte 2003 ein **Verfassungskonvent** zusammen, der bis Ende 2004 Vorschläge zu einer Staatsreform vorlegen und die Bundesverfassung gründlich überarbeiten soll. Hiervon werden die derzeit geltenden Grundprinzipien jedoch nicht berührt. Doch soll u.a. die heikle, weil auch die Finanzen betreffende Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neu geregelt werden.

Im April wird der **Bundespräsident** neu gewählt. Um die Nachfolge des bisweilen umstritten agierenden Thomas Klestil bewerben sich Außenministerin Ferrero-Waldner (ÖVP) und der Stellvertretende Parlamentspräsident Fischer (SPÖ). Diese Wahl wird von der seit einiger Zeit lebhaft geführten Debatte über die **österreichische Neutralität** mitbestimmt. Sie erhielt neue Nahrung durch die Frage einer militärischen Beistandspflicht im Rahmen der EU, welche einer Abschaffung der mehr sentimental als tatkräftig gelebten Neutralität gleich käme.

Nachdem Österreich über Jahrzehnte hinweg den sozialen Frieden mustergültig gewahrt hatte und die pro Jahr und Beschäftigten streikbedingt ausgefallene Arbeitszeit im Schnitt nur wenige Minuten betrug, war 2003 eine Welle **sozialer Unrast** zu beobachten. Ganz überwiegend wurde gegen die mit strukturellen Reformen verbundenen Leistungskürzungen, Privilegienabbau usw. protestiert, während die tradierten Lohnstreiks so gut wie keine Rolle spielten. Hierbei verdient vor allem der erste politische Streik seit einem halben Jahrhundert im Mai 2003 Beachtung, an dem sich etwa eine halbe Million Menschen beteiligten und der u.a. öffentlichen Nahverkehr, Schulen, Post und Müllabfuhr lahm legte. Er richtete sich gegen spürbare Einschnitte bei der staatlichen Rentenversicherung. Diese wurden gleichwohl von der Regierung mit nur marginalen Abstrichen durchgesetzt. Den zweite großen Sozialkonflikt lieferten die Eisenbahner mit einem dreitägigen Ausstand im November, mit dem sie gegen die Neuorganisation der Bundesbahnen und die damit verbundene Änderung von Dienstrecht und Pensionsordnung protestierten.

Die erhöhte Streikbereitschaft hatte auch eine Ursache in der langsam, aber stetig erodierenden Macht der früher übermäßig einflussreichen **Gewerkschaften**. Die im Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) zusammengefassten Arbeitnehmervertretungen verlieren seit Jahren im Schnitt 1,3% ihrer Mitglieder – eine Tendenz, wie sie auch in vielen anderen westeuropäischen Ländern zu beobachten ist. Da einen – zumindest vorübergehend – Demonstrationen der Macht. Zwar haben der ÖGB und die Einzelgewerkschaf-

ten zu lange mit angemessenen Reaktionen auf die u.a. durch Globalisierung und Liberalisierung, EU-Mitgliedschaft und EU-Erweiterung gezögert. Doch ist seit einiger Zeit Bewegung festzustellen in Form der bis 2005 laufenden Zusammenfassung von 13 Einzelgewerkschaften zu drei Großverbänden. Auch verlaufen Lohnverhandlungen im Gegensatz zu anderen Ländern (etwa Deutschland und Italien) ziemlich reibungslos und resultieren in Augenmaß zeigenden Abschlüssen.

Letztere reflektieren indes auch das nach wie vor sehr gut funktionierende enge Zusammenspiel von Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und dem Staat, soweit dieser involviert ist. Diese aus den zeitweise von bürgerkriegsähnlichen Zuständen der Zwischenkriegszeit geprägten Erfahrungen entstandene, seit einigen Jahren im Wandel befindliche **»Sozialpartnerschaft«** spielt immer noch eine wichtige Rolle weit über die Lohn- und Einkommenspolitik hinaus; das zeigt sich z.B. auch bei ihrer wesentlichen Mitwirkung bei der Neuorganisation der Bundesbahnen. Es handelt sich hierbei um eine spezifisch österreichische korporativistische Institution. Fein gesponnen und weit verästelt in alle gesellschaftlichen Bereiche geht ihre Bedeutung weit über das Wirtschaftliche hinaus. Sie bildete die wesentliche Basis des »österreichischen Wirtschaftswunders« in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg.

Das **Verhältnis von Bevölkerung und Regierung zur EU** erscheint in letzter Zeit erheblich gestört. Stark empfunden wird – wie in anderen EU-Ländern auch – die Dominanz der Großen, der gegenüber die mittleren und kleineren Länder ins Hintertreffen gerieten. Enttäuschung löste das Scheitern des EU-Verfassungsgipfels im Dezember 2003 aus, und über die glimpfliche Behandlung der Defizit-Sünder, Deutschland und Frankreich, durch die Kommission ist man empört. Das gilt noch mehr für die ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten eingenommene Position der EU-Kommission zum österreichischen Schwerverkehr-Transit auf der Straße. Und schließlich wird die Osterweiterung der EU von einem Großteil der Bevölkerung skeptisch gesehen. Aber diese Unmutsgedühle, nicht allein auf Österreich beschränkt, dürften im Wesentlichen auf die verbreitet als misslich empfundene wirtschaftliche Lage sowie die vielfältigen, einschneidenden Veränderungen zurückzuführen sein, die weniger der EU-Integration als vielmehr der Globalisierung geschuldet werden.

**Wirtschaftspolitisch** ist eine Fortsetzung des mit Abstrichen am überdimensionierten und auf längere Sicht nicht mehr bezahlbaren Wohlfahrtsstaats verbundenen Reformkurses zu erwarten. Die Finanzpolitik dürfte heuer etwa neutral, 2005 jedoch im Zuge der Steuerreform expansiv auf die Konjunktur wirken. Die Lohnpolitik gibt geringe Anregungen. Insgesamt rücken vielfältige Bemühungen um die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreich zunehmend in den Mittelpunkt

der Wirtschaftspolitik; das gilt auch für die Forschung und Entwicklung. Dabei bleibt man um möglichst weitgehenden Konsens mit den Sozialpartnern bemüht. Diese allgemeine wirtschaftspolitische Linie würde auch bei einem politischen Umschwung grundsätzlich fortgesetzt, wiewohl weniger energisch als das bei der gegenwärtigen Regierung der Fall ist. Wenn sich auch deren innerer Zusammenhalt seit einiger Zeit gefestigt hat, ist doch schwer zu sagen, inwieweit es dabei bleibt.

### Wirtschaftsentwicklung 2003

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich folgendermaßen dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,1%. In **Japan** übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2002 um 2,7%. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. In **Westeuropa** und in der EU nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um <sup>3</sup>/<sub>4</sub>% zu, im Euroraum stieg es um 0,4%, und in Deutschland blieb es gegenüber 2002 unverändert. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,7 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 13%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber dem Jahr 2002 auf Dollar-Basis um etwa 14%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 1,13 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2002 in einer Größenordnung von 5% expandiert.

In **Österreich** kam die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Volkswirtschaften nur im Winterhalbjahr 2002/2003 zum Stillstand. Auch hier waren die ersten Monate von Ölpreisanstieg, Irak-Konflikt und der weiterlaufenden starken Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar überschattet. Anschließend setzte sie sich, wenn auch recht verhalten, fort, wobei die Hitzewelle im Sommer gedämpft hat. Die Geldpolitik stimulierte, zumal die Leitzinssenkungen der Europäischen Zentralbank von den Banken in größerem Umfang weitergegeben wurden als in anderen Ländern des Euroraums. Auch Finanz- und Lohnpolitik gaben Anregungen. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um <sup>3</sup>/<sub>4</sub>% und damit dem westeuropäischen Durchschnitt entsprechend expandiert haben. Diese Zunahme entspricht annähernd dem, was als Wirkung der Konjunkturpakete 2001 und 2002 (zusätzliche Ausgaben von insgesamt 1,37 Mrd. €) erwartet werden durfte. Etwa doppelt so stark nahm die Inlandsnachfrage zu und stabilisierte damit anders als in den Jahren zuvor die Produktionszunahme. Hierzu trug die deutliche Ausweitung der Bruttoanlageinvestitionen – nach der ausgeprägten Rezession 2002 – wesentlich bei, da die öffentlichen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur erheblich ausgeweitet worden waren. Überdurchschnittlich expandierten die Ausrüs-

tungsinvestitionen, bedingt vor allem durch Nachholeffekte und steuerliche Anreize. Sehr schwach entwickelte sich die Ausfuhr infolge der flauen westeuropäischen Konjunktur und der starken Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Da der Import stärker zunahm, verschlechterte sich der Außenbeitrag. Die Leistungsbilanz dürfte gleichwohl etwa ausgeglichen geschlossen haben, wobei sich die Terms of Trade etwas verbesserten. Während der Staatsverbrauch nur wenig stieg, wurde der private Konsum trotz erhöhter Sparquote moderat ausgeweitet. Hierzu trug auch die Zunahme der Beschäftigung bei. Da jedoch das Angebot vor allem durch die wachsende Integration von Ausländern in den Arbeitsmarkt deutlich zunahm, stieg die Arbeitslosenquote auf 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% im Jahresdurchschnitt. Die Lebenshaltung verteuerte sich nach kurzem Schub zu Jahresbeginn sehr langsam. Im Schnitt des Jahres lagen die Konsumentenpreise um 1,3% über dem Niveau von 2002.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** haben vermutlich um 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% expandiert, womit die Rezession während der Jahre 2001 und 2002 (– 2,3% bzw. – 2,8%) eindrücklich überwunden wurde. Das gilt gleichermaßen für die Bau- und für die Ausrüstungsinvestitionen. Letztere erhöhten sich mit 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% sogar überdurchschnittlich, was angesichts der mit 80% im Jahresmittel spürbar unter dem langjährigen Schnitt liegenden Kapazitätsauslastung sowie des bis zur Jahresmitte deutlich verschlechterten Geschäftsklimas in der verarbeitenden Industrie erstaunt. Bestimmend für den Umschwung waren das Nachholen aufgeschobener Investitionen, die staatliche »Investitionsprämie« und die weiter sinkenden lang- und kurzfristigen Zinsen; die Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank wurden zwar in höherem Maße an die Unternehmen weitergegeben als in vielen anderen Ländern des Euroraums, aber auch hier sind die Finanzinstitute bei der Kreditvergabe vorsichtiger geworden. Zudem hat sich die konjunkturelle Lage in der Welt und – mit Verzögerung – in Westeuropa aufgehellt. Die Bauinvestitionen (+ 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%) fanden überraschend deutlich aus dem vom langjährigen Rückgang im Wohnungsbau geprägten Tief heraus. Ausschlaggebend war die erhebliche Beschleunigung der sowohl außerbudgetär als auch mittels der beiden Konjunkturpakete 2001 und 2002 finanzierten Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Der Wohnungsbau belebte sich allmählich, stimuliert durch das 2001 angestoßene »Akzeptanzprogramm« zur Sanierung von Altbauten, die auf ein tiefes Niveau gesunkenen Zinsen und die nun wieder steigende Nachfrage nach Wohnraum. Im industriellen Bau lief der Rückgang im Zuge der anspringenden Ausrüstungsinvestitionen aus. Der gewerbliche Bau nahm weiter zu, was das seit einiger Zeit bestehende Überangebot vor allem bei Büroraum verstärkte.

Der **private Konsum** (+ 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%) expandierte etwas rascher als im Vorjahr. Hiervon entfallen jedoch etwa zwei Drittel auf den am Jahresanfang bestehenden Überhang. Im Verlauf

war der Anstieg nämlich bis in den Herbst hinein nur geringfügig, auch weil die Sparquote weiter aufwärts tendierte. Zudem hat sich das auf der Basis von Verbraucherumfragen erhobene Konsumklima bis zum Sommer deutlich verschlechtert und ist anschließend nur langsam günstiger geworden. Stützend wirkte die leicht erhöhte Beschäftigung sowie die im Vergleich zum Vorjahr mit 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% etwa doppelt so stark gestiegenen realen verfügbaren Einkommen. Der Absatz dauerhafter Güter hat gegenüber 2002 kaum noch zugenommen und ist im Verlauf etwas gesunken. Entgegen dieser Tendenz entwickelte sich der Absatz von Personautos. Der **öffentliche Verbrauch** wurde im Zuge der auf Sparsamkeit bei den Ausgaben abstellenden Finanzpolitik lediglich um 1/2% ausgeweitet.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen expandierte um rund 1%. Nach kurzer Erholung im ersten Quartal hat sie im Laufe des zweiten Halbjahrs deutlich an Schwung gewonnen. Dann überwogen die stimulierenden Effekte der nun auch in Westeuropa anziehenden Nachfrage gegenüber der weiterhin dämpfenden Euro-Aufwertung. Damit zeigte sich auch in diesem Falle einmal mehr, dass für die Ausfuhrentwicklung die Weltkonjunktur und nicht der Wechselkurs ausschlaggebend ist. Allerdings erwies sich die nach wie vor starke Abhängigkeit von der deutschen Konjunktur (etwa ein Drittel der Warenexporte und mehr als die Hälfte der Dienstleistungsausfuhr gehen in dieses Nachbarland) wiederum als Handicap. Nach wie vor günstig verlief der Absatz in Mittel- und Osteuropa, wo sich österreichische Unternehmen seit den frühen neunziger Jahren mit Absatzorganisationen und Direktinvestitionen sehr stark engagiert haben. Dorthin gehen rund ein Achtel des Warenexports, während ungefähr zwei Drittel nach Westeuropa geliefert werden. Die Ausfuhr in den Dollarraum ist relativ zu einer Reihe anderer westeuropäischer Länder gering, so dass die unmittelbaren Folgen der Euro-Aufwertung ziemlich begrenzt blieben. Der **Import** (+ 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%) expandierte deutlich stärker als der Export, da vor allem die Einfuhren von Investitionsgütern im Zuge der günstigen Entwicklung bei den Ausrüstungsinvestitionen kräftig ansprang. Die **Leistungsbilanz** war neuesten Berechnungen zufolge mit 0,4% des BIP passiv, obwohl die Terms of Trade etwas günstiger geworden waren und sich die Tourismusbilanz neuerlich verbesserte. Ursache war das deutlich erhöhte Defizit der Handelsbilanz.

Auf dem **Arbeitsmarkt** verschlechterte sich die Lage insgesamt trotz leicht zunehmender Beschäftigung sowie der steigenden Zahl an Schulungskursen Beteiligter, die nicht als arbeitslos gezählt werden. Denn die Arbeitslosenquote erhöhte sich (gemäß EUROSTAT-Definition) auf 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% im Jahresdurchschnitt. Ursache war das nach wie vor kräftig erhöhte Angebot an Arbeitskräften infolge gelockerter Bedingungen für Saisonkräfte sowie die erleichterte Beschäftigungsaufnahme von mehr als vier bis fünf Jahre in Österreich lebenden ausländischen Frauen und Jugendlichen.

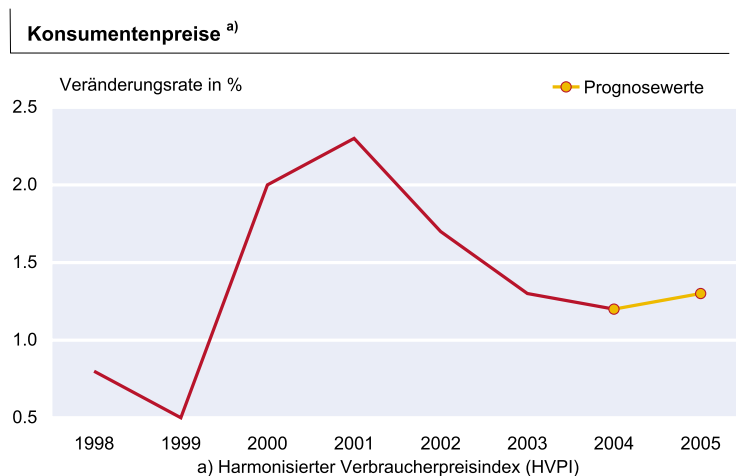
Die Preisentwicklung war während des Jahres trotz des Ölpreisschubs zu Beginn sehr schwach aufwärts gerichtet, obwohl administrierte Preise (u.a. Bahn, Post) kräftig heraufgesetzt wurden. Dämpfend wirkten die während der ersten drei Quartale schwache Konjunktur, die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, sinkende Telefongebühren sowie die im Gegensatz zum Vorjahr nicht verteuerten Saisonprodukte (Frischgemüse). Die **Konsumentenpreise** (HVPi) lagen um 1,3% über dem Niveau von 2002 und stiegen damit merklich schwächer als im EU-Durchschnitt (2,1%).

### Wirtschaftspolitik

Auch im laufenden Jahr sowie 2005 wird die Wirtschaftspolitik die Konjunktur leicht stützen. Das gilt heuer vor allem für die Geldpolitik, deren expansive Wirkungen nächstes Jahr auslaufen. Dann stimuliert, neben der Lohnpolitik, die Finanzpolitik, da mit Blick auf die Netto-Entlastung der Schwerpunkt der Steuerreform 2004/2005 in das Jahr 2005 fällt. Die exportdämpfenden Wirkungen der Euro-Aufwertung werden im Laufe des Prognosezeitraums schwächer.

Die **Geldpolitik** stützt die Konjunktur bis in das Jahr 2005 hinein. Allerdings lässt die Intensität sukzessive nach. Zwar erfolgte die letzte monetäre Lockerung durch die Europäische Zentralbank (EZB) im Juni 2003 – als vermutlich letzter Schritt einer seit Mai 2001 zu beobachtenden Reihe von Zinssenkungen (damals war der Leitzins von 4,75 auf 4,5% herabgesetzt worden). Aber erstens wirken Zinsänderungen mit längerer Verzögerung. Zweitens ist ausreichend Liquidität vorhanden, selbst wenn man berücksichtigt, dass M3 in erheblichem Umfang Gelder enthält, die wegen der niedrigen Kapitalmarktzinsen und in Erwartung höherer Renditen kurzfristig angelegt und eigentlich dem langfristigen Kapital zuzurechnen sind. Die der EZB als wichtige Referenzgröße dienende Geldmenge M3 lag seit 1999 stets weit über dem Zielwert von 4,5% p.a. und übertraf 2003 das Vorjahresniveau um 8%. Drittens lagen die kurzfristigen Realzinsen (Dreimonatszinsen) während des zweiten Halbjahrs 2003 angesichts einer Teuerungsrate (HVPi) von 2,1% im Euroraum bei null, und sie dürften im laufenden Jahr nur geringfügig, 2005 allerdings wieder rascher steigen. Denn es ist im Zuge der konjunkturellen Erholung gegen Ende dieses Jahres mit einer Zinsanhebung durch die EZB zu rechnen zwecks Sicherung des mäßigen Preisauftriebs, neben M3 ihrem zweiten wichtigen Referenzwert (die Anstiegsrate der Konsumentenpreise soll »mittelfristig nahe 2%« liegen). Wegen der verzögerten Wirkung von Zinsänderungen würde die Konjunktur im Jahre 2005 selbst dann nicht wesentlich tangiert, wenn der Schlüsselzins im Laufe des kommenden Jahres weiter angehoben wird – nennenswert retardierend macht sich das erst 2006 bemerkbar. Auch die Kapitalmarktzinsen bleiben real noch einige Zeit niedrig,





Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

obwohl der Tiefpunkt des Zinszyklus im zweiten Quartal 2003 durchschritten worden war. Für **Österreich** sind die kurzfristigen Zinsen weder mit Blick auf das Wirtschaftswachstum noch hinsichtlich des Preisanstiegs nennenswert überhöht. Wenn die Ausweitung der Buchkredite an den privaten Sektor erst seit vergangenem Herbst allmählich wieder rascher expandierte, so lag das nicht an einer vorangegangenen Kreditklemme, sondern an der konjunkturbedingt schwachen Kreditnachfrage verbunden mit einer durch die Erfahrungen mit und Fehlleistungen während der New-Economy-Blase bedingten Zurückhaltung bei riskanten Engagements. Die Finanzierungsmodalitäten bleiben für die Unternehmen trotz aufwärts tendierender kurz- und langfristiger Zinsen auch 2005 gut, obwohl das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand zunimmt. Geld und Kapital ist genug vorhanden. Zudem dürften die Aktienkurse noch einige Zeit weiter steigen. Bremsend, wenn auch im weiteren Verlauf abgeschwächt, wirkt hingegen die weitere Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Diese hatte Anfang 2002 begonnen und sich fast durchgängig bis Ende 2003 fortgesetzt. Erst zuletzt war der Trend, vermutlich nur vorübergehend, unterbrochen worden. Nominal gewann der Euro gegenüber dem US-Dollar im Schnitt des Jahres 2002 um 5,6% und 2003 um 19,7%. Real effektiv ist die Aufwertung 2003 mit 11,3% allerdings sehr viel geringer ausgefallen.

Die **Finanzpolitik** hat der Konjunktur 2003 leichte Impulse gegeben. Nachdem die öffentlichen Haushalte 2002 annähernd ausgeglichen abgeschlossen hatten, errechnet sich für das vergangene Jahr ein Defizit von (vorläufig) 0,9% des BIP. Es resultiert aus konjunkturbedingt geringeren Einnahmen (namentlich bei der Gewerbesteuer, aber auch das Aufkommen aus anderen direkten Steuern verringerte sich erneut) sowie erhöhten Ausgaben, bei denen besonders die Aufwendungen für das Kinderbetreuungsgeld und die massiv in Anspruch genommene Altersteilzeit hervorstechen. Hinzu kamen die budgetären Auswirkungen der beiden Kon-

junkturpakete von 2001 und vom Herbst 2002; das im Oktober aufgelegte Konjunkturpaket III schlug noch nicht zu Buche, denn es zielt mit den Schwerpunkten Forschung und Entwicklung sowie Ausbau der Infrastruktur (jeweils mit 1 Mrd. € für die Jahre 2003 bis 2006 dotiert) auf die langfristige Sicherung des Wirtschaftswachstums ab. Die expansive Ausrichtung der Finanzpolitik bleibt in geringem Maße 2004, aber deutlich 2005 erhalten. Dies, obwohl auf der Ausgaben-seite weiterhin große Sparsamkeit beobachtet wird. Im Zuge der Steuerreform 2004/2005, die mit dem Doppelhaushalt des Bundes zusammenfällt, kommt es heuer nur zu einer Steuerentlastung im Umfang von 500 Mill. €, wobei der Steuerfreibetrag angehoben wurde und nicht entnommene Ge-

winne weniger belastet werden. Hinzu kommt die letzte Phase der seit Jahren laufenden Entlastung bei den Lohnnebenkosten. Andererseits wird Energie erheblich stärker besteuert. 2005 bringt eine Steuerentlastung von netto 2,5 Mrd. € bei geringer Gegenfinanzierung als Kernstück dieser zweiten Stufe der »großen« Steuerreform (wiewohl kein so großer Wurf wie jene von 1989/94). Hiervon entfallen je gut 1,1 Mrd. € auf Entlastungen für die Wirtschaft und für die Neukonzeption des Einkommensteuertarifs, der dann nur noch drei (mit Steuersätzen von jeweils 23, 33,5 und 50%), statt fünf Tarifstufen hat; 250 Mill. € sind zur zusätzlichen Entlastung kinderreicher Familien vorgesehen. Etwa ein Drittel der 5,9 Mill. Steuerpflichtigen werden von kommenden Jahr an keine Lohn- und Einkommensteuer mehr abführen müssen. Die Wirtschaft profitiert in erster Linie von der Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf 25% nach derzeit 34% – eine Maßnahme, die Österreich im internationalen Steuerwettbewerb auch gegenüber mitteleuropäischen Ländern deutlich nach vorn bringt (u.a. ist man deshalb bereits jetzt in Bayern alarmiert) und von der man sich nicht nur das Halten bestehender Konzernzentralen, sondern auch den Zuzug neuer erwartet. Darüber hinaus kommt eine Gruppenbesteuerung, die es erlaubt, Verluste ausländischer Tochtergesellschaften beim Mutterkonzern steuermindernd geltend zu machen. Zudem werden versicherungstechnische Rückstellungen weniger belastet und die Besteuerung von Agrardiesel herabgesetzt. Andererseits entfällt die Steuerfreiheit bei der Übertragung stiller Rücklagen. Im laufenden Jahr ist bei konjunkturbedingt spürbar steigendem Steuer- und Abgabenaufkommen mit einem Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte in einer Größenordnung von wiederum knapp 1% des BIP zu rechnen. Aber obwohl die Einnahmenentwicklung 2005 noch günstiger sein dürfte – hierzu tragen auch die Einnahmen der (ganz im Gegensatz zu Deutschland) Anfang 2004 problemlos gestarteten LKW-Maut bei –, reißt die Steuerentlastung so große Löcher in die öffentlichen Kassen, dass ein Finanzie-

rungsdefizit von ungefähr 1 1/2% erwartet werden muss. Hierbei wird unterstellt, dass es zu weiteren Einschnitten bei den Leistungen der Sozialversicherung kommt. Kritisiert wird an dem Steuerreformkonzept vor allem, dass es kleine und mittlere Unternehmen zu wenig berücksichtigt. Auch fehle die Gegenfinanzierung. Letzteres wurde besonders seitens der EU-Kommission moniert, welche das österreichische Stabilitätsprogramm gleichwohl Anfang 2004 gebilligt hat.

Der **Reformwille** ist mit dieser Steuerreform jedoch noch nicht erschöpft, wobei man (anders als etwa in Deutschland) auch nicht davor zurückschreckt, in anderen Ländern bewährte Lösungen zu adaptieren: innerbetriebliche Fortbildung aus Finnland, französische Infrastrukturentwicklung, Teilzeitlegelung aus den Niederlanden etc. Verstärkt wird weiter in Forschung und Entwicklung investiert, wobei allerdings schon in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte gemacht wurden. Betragen die Aufwendungen hierfür vor eineinhalb Jahrzehnten noch 1 1/4% des BIP, so liegen sie jetzt bei 2%, womit zum EU-Durchschnitt aufgeschlossen wurde.

Im Zuge der Steuerreform 2004/2005 kommt es auch in Österreich (neben Belgien, Deutschland und Italien) zu einer **Steueramnestie**, die jedoch mit künftig verschärften Steuerprüfungen und einem härter zupackenden Finanzstrafrecht einhergeht. Sie gilt für hinterzogene Steuern aus den Jahren 2001 und davor.

In einer Phase des Wandels befindet sich auch die über ein halbes Jahrhundert hinweg bewährte und das Land prägende **Sozialpartnerschaft**. In der tradierten Form, in welcher sie bei einem großen geschützten Sektor und einer noch relativ wenig globalisierten Weltwirtschaft praktiziert worden war, ist sie nicht mehr durchzuhalten. Auch hat die seit 2001 amtierende Regierungskoalition keine großen Hemmungen, wichtige Projekte, wie etwa die neue Reform der Sozialrenten, allein zu konzipieren und die Sozialpartner erst anschließend zu informieren. Andererseits hat die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Sozialpartnern nach alter Art bei der Lösung der Abfindungen bei Arbeitsverträgen, der Gründung der Mitarbeiterversorgungskassen, bei der Neukonzipierung der Bundesbahnen, der Harmonisierung der Pensionssysteme etc. funktioniert. Gewerkschaften wie Arbeitgeberverbände sehen jedoch, dass sich die Sozialpartnerschaft neuen Aufgaben unter Verschiebung der Schwerpunkte vom Nationalen zum Internationalen suchen müssen. Ihre Existenzberechtigung, vor allem aber ihre Stärken (langfristige Ausrichtung, Praxisorientierung, Expertise, vielfältige und intensive Kontakte, Konsensfähigkeit) bleibt unbestritten. Und auch bei der Regierung ist der Wille zur Zusammenarbeit im Rahmen dieses »tripartite body« im Grundsatz ungebrochen. Für die vom Wind des weltwirtschaftlichen Wandels ohnehin vielfach irritierte Bevölkerung bleibt sie auch noch auf lange Zeit ein unabdingbarer, Identität stiftender Teil ihres Landes. Aber mit dem Schwinden

des sozialpartnerschaftlich Machbaren wird auch ihr Nimbus Einbußen erleiden.

Gegen erheblichen Widerstand aus Politik, Bevölkerung und Gewerkschaften wurde jüngst mit nur wenigen Retuschen am ursprünglichen Konzept, die auf eine Eindämmung der Sozialausgaben (für die gesetzliche Altersversorgung und die Pensionen der Beamten wendet die öffentliche Hand etwa ein Drittel der Ausgaben bzw. ca. 15% des BIP auf) abzielende **Rentenreform** in Kraft gesetzt. Zentrale Punkte sind die Anhebung des regulären Pensionsalters von 60 auf 65 Jahre sowie die mittelfristige Vereinheitlichung der vielen verschiedenen staatlichen Altersversicherungssysteme, die Abschaffung der Frühpensionierung bis 2017 in Schritten von jeweils vier Monaten pro Jahr. Der Steigerungsbetrag wird 2004/2008 von 2 auf 1,78% gesenkt. Zur Ermittlung der Altersbezüge werden nicht mehr die besten 15 Jahre herangezogen, sondern eine schrittweise auf 40 Jahre ausgedehnte Basis. Jene Rentenbezieher, welche durch die Reform bei Pensionsantritt Verluste bei ihren Alterseinkünften erleiden, wurden auf 10% begrenzt. Auch werden schon ab 2004 die höheren Renten und Pensionen schwächer erhöht als die niedrigen.

**Arbeitsmarktpolitisch** sind neben stimulierender Wirtschaftspolitik und moderaten Lohnerhöhungen verschiedene Maßnahmen zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit von Bedeutung. Zudem wird von den Möglichkeiten zur Begrenzung des Zuzugs von Arbeitskräften aus den ab 1. Mai 2004 zehn neuen EU-Mitgliedern zunächst für zwei Jahre Gebrauch gemacht. Dabei folgt man nicht nur dem Gebot der zuletzt spürbar verschlechterten Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Regierung hatte vielmehr bereits 2001 – zusammen mit Deutschland – diese Absicht erklärt und dafür allseits heftige Kritik geerntet. Inzwischen haben sich alle derzeitigen EU-Mitglieder mit Ausnahme Irlands für diese restriktive Linie entschieden.

Die **Lohnpolitik** lässt eine weitere allmähliche Differenzierung der Abschlüsse erkennen. So bleibt der jeweils im Herbst fällige Lohnvertrag der Eisen- und Metallindustrie zwar eine beachtenswerte Vorgabe, aber deren Allgemeinverbindlichkeit wird geringer. Diese Branche hat für 2003/2004 (1. November) unter Annahme einer Inflationsrate von 1,2% und eines Wirtschaftswachstums von 1,4% mit Lohnanhebungen um 2,1%, mindestens jedoch um 35 € abgeschlossen; auf der Basis von Betriebsvereinbarungen kann der generelle betriebsinterne Lohnanstieg auf 1,8% begrenzt werden, wenn zusätzlich 0,6% der Lohnsumme für individuelle Erhöhungen verwendet werden. Im Vergleich zum vorangegangenen Tarifvertrag bedeutet das eine Mäßigung. Zudem bleibt der Abschluss einmal mehr deutlich unter dem abzusehenden Produktivitätswachstum in der Industrie. Die Elektro- und Elektronikindustrie wich bei ihrem Lohnvertrag spürbar vom Schema der Metaller ab. So gilt hier

eine Laufzeit von 18 Monaten, für die Lohnerhöhungen von 2,5% vereinbart wurden. Mehr Flexibilität zeigt sich auch bei den Geldinstituten. Die jährlichen oder zweijährigen automatischen gehaltlichen Aufrückungen verlieren an Gewicht zugunsten einer Entlohnung gemäß Kompetenz und Qualifikation der Mitarbeiter. Über die Aufweichung der im Sparkassensektor geltenden Quasi-Unkündbarkeit wird immerhin verhandelt.

Die Reform der **Österreichischen Bundesbahnen** krepelt Struktur und Dienstrecht kräftig um. Letzteres wird von Privilegien gesäubert und schließt sowohl Eingriffe in die Pensionsordnung der ÖBB-Bediensteten als auch die Angleichung des Dienstrechts an die allgemein üblichen Regularien ein. Die ÖBB werden, 2004 beginnend, sukzessive in vier unter einer Holding agierende Gesellschaften (Güterverkehr, Personenverkehr, Neubau der Infrastruktur, Erhaltung der Infrastruktur) aufgespalten. Aus dem Bundeshaushalt erhalten die ÖBB bis 2010 jährlich 1 bis 1,2 Mrd. € für Neuinvestitionen in das Schienennetz.

### Wirtschaftsentwicklung 2004

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um rund 4%. In **Westeuropa** und in der EU-15 erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 2%; in Deutschland sowie im Euroraum expandiert es um 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 29,5 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 25% mehr als 2003. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,20 bis 1,30 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 9% ausgeweitet werden.

Kräftig geschoben vom weltwirtschaftlichen Aufschwung und leicht stimuliert von der Wirtschaftspolitik setzt sich in **Österreich** die Zunahme von Nachfrage und Produktion tendenziell leicht beschleunigt fort. Hierauf deutet auch die Entwicklung der auf der Grundlage von Umfragen bei Unternehmen und Verbrauchern erhobenen Indikatoren für das Wirtschaftsklima hin. Hierzu tragen ferner die zur Standort-sicherung ergriffenen Maßnahmen bei. Während die Inlandsnachfrage im Vergleich zu 2003 nur wenig rascher expandiert, kommt von der Ausfuhr ein kräftiger Schub. Dabei fällt nicht nur die sich festigende Erholung in Westeuropa entscheidend ins Gewicht, sondern auch der im westeuropäischen Vergleich hohe Anteil der Exporte nach Mittel- und Osteuropa, wo mehr als 12 000 österreichische Unternehmen mit Direktinvestitionen in einer Größenordnung von 14 Mrd. € engagiert sind. Auf diese Weise werden die den

Ausfuhrzuwachs in den Dollarraum – er hat im Vergleich zu vielen anderen westeuropäischen Ländern ein geringes Gewicht – dämpfenden Effekte der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar abgemildert. Wichtig ist ferner das Aufwärtsschwingen des internationalen Lagerzyklus, da die österreichische Industrie eine leicht vorproduktlastige Struktur hat. Da die Einfuhr annähernd im Rhythmus der Ausfuhr wächst und die Terms of Trade nur noch wenig günstiger werden, ist erneut mit einer annähernd ausgeglichenen Leistungsbilanz zu rechnen. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% expandieren. Das würde etwa dem westeuropäischen Durchschnitt entsprechen. Doch stellt sich die wirtschaftliche Lage insgesamt besser dar als in den meisten Ländern Westeuropas. Die Bruttoanlageinvestitionen nehmen etwas schwungvoller zu, zumal sich die Baukonjunktur weiter festigt. Demgegenüber dürfte der Staatsverbrauch etwa stagnieren. Der private Konsum gewinnt nur allmählich weiter an Schwung, was mit der wenig veränderten Sparquote und einer für österreichische Verhältnisse schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt zusammenhängt. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt bei 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% verharren. Der Preisauftrieb wird moderat sein, nach wie vor gedämpft von den Importpreisen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (knapp + 3%) mit einem Anteil am BIP von 22,1% (2002) gewinnen weiter an Dynamik, und dies auf breiter Front. Anregend wirken das sich weiter bessernde konjunkturelle Umfeld, steigende Produktion, günstigere Absatz- und Ertragsaussichten sowie die immer noch niedrigen Zinsen. Zudem haben die Finanzinstitute Bilanzen und Ertragslage erheblich verbessern können, was sich positiv auf ihre Möglichkeiten zur Kreditgewährung auswirkt. Überdurchschnittlich expandieren die Ausrüstungsinvestitionen. Zwar entspricht die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie nur nach der Jahresmitte wieder dem langjährigen Durchschnitt, und es kommt erst vereinzelt zu Erweiterungsinvestitionen. Aber in Rationalisierung und in den Ersatz veralteter Anlagen wird sehr lebhaft investiert, auch um die im Zuge der Euro-Aufwertung gesunkene preisliche Wettbewerbsfähigkeit wenigstens einigermaßen zu halten. Das gilt besonders für IT-Ausrüstungen, bei denen Anfang des Jahrzehnts beträchtlicher Nachholbedarf entstanden ist. Zudem wurde die Investitionsprämie mit dem im Herbst 2003 gestarteten Konjunkturpaket III bis Ende 2004 verlängert. Erfahrungsgemäß bewirkt derlei hauptsächlich Vorzieheffekte, fördert aber auch das Nachholen zurückgestellter Investitionen. Die Bauinvestitionen, auf die 54% der Bruttoanlageinvestitionen entfallen, nehmen leicht beschleunigt zu. Die Entwicklung der Baugenehmigungen lässt das auch für den Wohnungsbau vermuten, stimuliert von niedrigen Zinsen, weiter anziehender Wohnungsnachfrage und steigenden Mieten. Die öffentlichen Investitionen, vor allem aber die außerbudgetär finanzierten Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur werden nochmals aufgestockt, wiewohl nicht mehr so kräftig wie zuvor. Im



Zuge steigender Ausrüstungsinvestitionen expandiert auch der Industriebau lebhafter. Demgegenüber dürfte wegen beträchtlicher Leerstände in Büro- und Geschäftsbauten kaum mehr investiert werden als im Vorjahr, wobei schwerpunktmäßig die Qualität der Immobilien verbessert wird.

Der **private Konsum** (Anteil am BIP 2002: 56,8%) nimmt um 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% zu, gewinnt also allmählich weiter an Schwung. Rascher steigende Reallöhne, zunehmende Beschäftigung, niedrige Zinsen sowie das günstiger werdende konjunkturelle Umfeld wirken anregend. Die auf das laufende Jahr entfallende Senkung der Einkommensteuer trägt kaum etwas zur Kräftigung der Nachfrage bei, da ein großer Teil hiervon durch erhöhte Energiesteuern absorbiert wird. Die Sparquote dürfte gegenüber 2003 stagnieren oder noch etwas steigen, bedingt durch die zunehmend ins allgemeine Bewusstsein dringende verstärkte Notwendigkeit zum privaten Vorsorgesparen sowie durch die für österreichische Verhältnisse hohe und stagnierende Arbeitslosenquote. Der **öffentliche Verbrauch** wird im Zuge der auf Sparsamkeit abstellenden Finanzpolitik auf dem Vorjahresstand verharren.

Am kräftigsten von allen großen Komponenten der Nachfrageseite gewinnt die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (Anteil am BIP 2002: 52,8%) an Dynamik. Mit ungefähr 5% expandiert sie erheblich schneller als in den beiden Vorjahren. Entscheidend ist die fortgesetzte konjunkturelle Erholung in Westeuropa, wohin etwa 70% der Waren geliefert werden und wo dank der Dominanz des Euro die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gut gehalten werden kann; bei den Dienstleistungen, besonders im Tourismus, liegt der Anteil noch deutlich höher. Günstig ist ferner, dass österreichische Unternehmen auf den lebhaft expandierenden Märkten Mittel- und Osteuropas im Verhältnis zu den meisten anderen westeuropäischen Ländern sehr gut positioniert sind. Auch die mit dem aufschwingenden interna-

tionalen Lagerzyklus verstärkte Nachfrage nach Vorprodukten spielt eine Rolle, da die österreichische Industrie auf diesem Gebiet überdurchschnittlich lieferfähig ist. Und schließlich kommt weltweit auch der Investitionszyklus in Gang, der die mit hochqualitativen Produkten aufwartenden Investitionsgüterproduktion anregt. Der Absatz im Dollarraum wird einerseits durch den starken Anstieg der Nachfrage vor allem in Südostasien stimuliert, durch die – wenn auch langsam schwächer werdenden – Effekte der Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro gebremst. Erfahrungsgemäß schlägt in einer derartigen Situation der Nachfragesog stärker zu Buche als der Aufwertungsnachteil. Die **Einfuhr** (50,6% vom BIP im Jahre 2002) dürfte etwa im Rhythmus der Ausfuhr expandieren, auch weil die Exporte vielfach einen hohen Anteil importierter Vorleistungen enthält. Bei leicht verbesserten Terms of Trade kann mit einer wiederum ungefähr ausgeglichenen **Leistungsbilanz** gerechnet werden. Angesichts der strukturell negativen Leistungsbilanzsalden wäre das ein gutes Resultat. Hierzu trägt nicht nur die mit der nun sehr hohen Bonität des Landes günstiger gewordenen Finanzierungsbedingungen bei Auslandskrediten bei. Wichtiger noch ist die gefestigte Position des Tourismussektors (trotz hoher Verschuldung der Betriebe), der etwa 18% zum BIP beisteuert und gemessen an den Übernachtungszahlen zu 93,8% (2002) – in der Schweiz sind es 74,4% – auf Gästen aus Europa, vor allem aus Deutschland, basiert, womit er weitgehend wechselkursresistent ist.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Lage insgesamt kaum. Zunehmender Beschäftigung steht eine, durch weiter wachsende Zuwanderung und durch die weitere Integration schon länger im Lande lebender Ausländer bedingt steigende Arbeitslosigkeit gegenüber. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt neuerlich bei 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% liegen; dabei ist die wachsende Zahl von Teilnehmern an Schulun-

**Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten**  
– in % –

	2002	2003 <sup>a)</sup>	2004 <sup>a)</sup>			2005 <sup>a)</sup>		
		Wifo <sup>b)</sup>	Wifo <sup>b)</sup>	EU <sup>c)</sup>	OECD <sup>d)</sup>	Wifo <sup>b)</sup>	EU <sup>c)</sup>	OECD <sup>d)</sup>
Bruttoinlandsprodukt	1,4	0,7	1,7	1,9	1,6	2,4	2,5	2,4
Inlandsnachfrage	0,0	1,5	1,6	1,7	2,1	2,2	2,3	2,6
Privater Verbrauch	0,8	1,3	1,8	1,8	1,7	2,1	2,2	2,3
Staatsverbrauch	0,1	0,5	0,0	0,3	-0,3	0,0	0,3	-0,2
Bruttoanlageinvestitionen	-2,8	2,5	2,7	2,5	3,7	3,8	3,8	5,6
Exporte <sup>e)</sup>	3,7	1,0	4,8	5,7	3,7	6,3	7,6	6,8
Importe <sup>e)</sup>	1,2	2,4	4,7	5,7	3,8	6,2	7,6	7,4
Industrieproduktion (ohne Bau)	0,9	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	1,7	1,3	1,1	1,6	1,0	1,4	1,5	1,1
Arbeitslosenquote	4,3	4,5	4,5	4,6	5,5	4,5	4,1	5,2
Leistungsbilanz (Saldo) <sup>f)</sup>	0,3	-0,4	0,2	0,5	-0,2	0,2	0,5	-0,3
Finanzierungssaldo des Staates <sup>f)</sup>	-0,1	-0,9	-0,9	-0,6	-1,2	-0,6	-0,2	-1,8

<sup>a)</sup> Schätzungen. – <sup>b)</sup> Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, vom Dezember 2003. – <sup>c)</sup> Europäische Kommission, Brüssel, vom Oktober 2003. – <sup>d)</sup> Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom November 2003. – <sup>e)</sup> Güter und Dienstleistungen. – <sup>f)</sup> In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

gen der Arbeitsverwaltung nicht als arbeitslos erfasst. Im westeuropäischen Vergleich ist das eine sehr niedrige Rate. Gemessen an österreichischen Maßstäben ist sie aber hoch, beträgt doch der Mittelwert 1981/99 3,4%, was fast der Vollbeschäftigung entspricht. Besonders gravierend ist die Arbeitslosigkeit derzeit in der Bundeshauptstadt. Strukturelle Änderungen hin zu hochwertigen Arbeitsplätzen bei zurückhaltender Einstellungspolitik der öffentlichen Hand werden als wesentliche Ursachen genannt.

Die Preisentwicklung bleibt gedämpft. Stabilisierend wirken die – wenn auch nur noch schwache – weitere Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, die moderaten Lohn-erhöhungen bei beschleunigtem Produktivitätsanstieg sowie die für nennenswerte Gewinnmargenausweitungen noch nicht ausreichend lebhaft Konjunkturerholung. Inflationär wirkt die kräftige Anhebung bzw. Neueinführung von Energiesteuern Anfang 2004 im Ausmaß von  $\frac{1}{4}$  Prozentpunkt der Teuerungsrate sowie die deutliche Erhöhung von Versicherungsprämien. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) dürften im Jahresdurchschnitt um  $1\frac{1}{4}\%$  über dem Niveau von 2003 liegen.

### Wirtschaftsentwicklung 2005

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um  $3\frac{1}{2}\%$ . Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um  $1\frac{3}{4}\%$  zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um  $4\frac{1}{4}\%$ . In **Westeuropa** und der EU-15 erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um  $2\frac{1}{2}\%$ ; im Euroraum und in Deutschland expandiert es etwas weniger kräftig. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt wieder bei 29,5 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 20% mehr als 2004. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,25 bis 1,35 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 8% ausgeweitet werden.

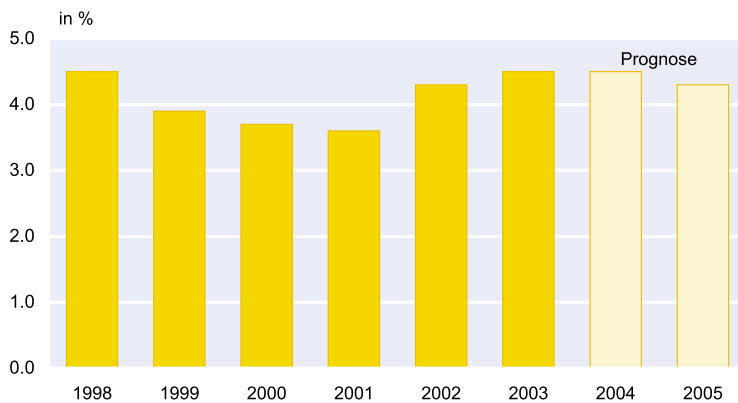
In **Österreich** nehmen **Nachfrage und Produktion** um  $2\frac{1}{2}\%$  zu, wobei die Strukturreformen weitergeführt werden. Da diese Rate über dem bei schätzungsweise 2% liegenden Zuwachs des Produktionspotentials liegt, kann man nach gängiger Definition von einem – wenn auch nicht starken – Aufschwung sprechen. Dieser wird zwar nach wie vor von der Weltkonjunktur getragen, in wachsendem Maße aber von der kräftigeren Inlandsnachfrage gestützt, zumal die Finanzpolitik infolge der Steuerreform 2004/2005 dann deutlich expansiv sein wird. Andererseits schwächen sich die restriktiven Wirkungen der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar allmählich weiter ab. Da Westeuropa – der »Brot- und Buttermarkt« Österreichs – in eine Auf-

schwungsphase eingetreten ist und auch die Konjunktur in Mittel- und Osteuropa (die zweitwichtigste Absatzregion) gut läuft, expandiert die Ausfuhr stark und weitaus lebhafter als die übrigen Komponenten der Nachfrage. Dynamisch entwickeln sich auch die Bruttoanlageinvestitionen, und zwar in voller Breite trotz der nun wegfallenden auf 2003 und 2004 vorgezogenen Nachfrage als Folge der damals geltenden »Investitionsprämie«. Andererseits profitieren die Unternehmen vom erheblich gesenkten Körperschaftsteuersatz. Steuerensenkungen geben aber auch dem privaten Konsum zusätzlichen Auftrieb, während sich der öffentliche Verbrauch kaum erhöht. Günstig wirkt zudem die allmähliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt, so dass die Arbeitslosenquote auf  $4\frac{1}{4}\%$  im Jahresdurchschnitt sinken dürfte. Auch weil die Inflation jetzt von den Importpreisen nur noch wenig gedämpft wird, steigen die Konsumentenpreise etwas schneller und liegen vermutlich im Jahresdurchschnitt um  $1\frac{1}{2}\%$  über dem Niveau von 2004.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen nimmt um etwa 7% zu. Anregend wirkt vor allem der konjunkturelle Aufschwung in Westeuropa sowie in den mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften. In diese Gebiete gehen rund 85% der Warenexporte. Österreichische Unternehmen waren als Lieferanten bereits während der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg in den sozialistischen Ländern relativ gut etabliert und haben seit dem Beginn der neunziger Jahre ihre Position auch mittels umfangreicher Direktinvestitionen kräftig ausgebaut. Sie profitieren folglich besonders vom dortigen Wirtschaftsaufschwung. Aber auch der Absatz im Dollarraum expandiert im Zuge der dortigen konjunkturellen Aufwärtsentwicklung lebhaft, zumal die dämpfenden Effekte der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar allmählich schwächer werden. Der Aufschwung des internationalen Lagerzyklus, der die österreichische Ausfuhr im Jahr zuvor leicht überdurchschnittlich stimuliert hatte, flacht sich zwar ab und gibt keine zusätzlichen Impulse mehr. Aber erfahrungsgemäß wächst im Aufschwung die Produktivität im industriellen Sektor deutlich stärker als im westeuropäischen Durchschnitt, so dass die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gestärkt wird. Damit positionieren sich nicht nur die Produzenten von Vor- und Zwischenprodukten aussichtsreich im internationalen Wettbewerb, sondern vor allem die Anbieter von Investitionsgütern können von der guten internationalen Investitionskonjunktur profitieren. Infolge der sich weiter festigenden europäischen Konjunktur kann eine deutliche Steigerung der Einnahmen aus dem Ausländertourismus erwartet werden. Die **Einfuhr** expandiert vermutlich etwa im Rhythmus der Ausfuhr. Bei nur noch wenig günstigeren Terms of Trade dürfte die **Leistungsbilanz** fast ausgeglichen schließen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** werden vermutlich in einer Größenordnung von 4% zunehmen, und zwar in allen Bereichen. Überdurchschnittlich erhöhen sich die Ausrüs-

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

tungsinvestitionen, obwohl infolge der in den beiden Vorjahren gewährten »Investitionsprämie« Investitionen vorgezogen worden sind. Aber die Unternehmen werden durch die Steuerreform 2004/2005 um reichlich 1 Mrd. € allein bei der Körperschaftsteuer entlastet. Obwohl die Zinsen weiter aufwärts tendieren, werden die Finanzierungsbedingungen immer noch günstig sein. Ferner übersteigt die Auslastung der Kapazitäten den langfristigen Durchschnitt, so dass allmählich vermehrt Erweiterungsinvestitionen getätigt werden. Hierzu tragen auch die nochmals verbesserten Absatz- und Ertragsaussichten bei. Ganz überwiegend wird jedoch nach wie vor in die Rationalisierung und in den Ersatz veralteter Anlagen investiert (womit jeweils Kapazitätseffekte verbunden sind), um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit möglichst zu halten und die in österreichischen Aufschwungsphasen üblichen hohen Produktivitätsgewinne im industriellen Sektor zu ermöglichen. Die Bauinvestitionen nehmen spürbar zu. Rascher als bisher steigt bei weiter zunehmender Nachfrage nach Wohnraum (vor allem infolge fortgesetzter Zuwanderung) sowie immer noch günstigen Finanzierungsbedingungen auch der Wohnungsneubau. Da in die Instandsetzung von Wohnraum während der Jahre 2001/2003 ungenügend investiert wurde, ist ein deutlicher Zuwachs zu erwarten. Der öffentliche Bau wird wesentlich gestützt durch die, wenn auch neuerlich abgeschwächt zunehmenden Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Der industrielle Bau erhält von den lebhaft steigenden Ausrüstungsinvestitionen Impulse. Der Bau von Büro- und Geschäftsgebäuden erholt sich langsam weiter. Noch immer drücken erhebliche Leerstände auf den Markt.

Der **private Konsum** (Anteil am BIP 2002: 56,8%) expandiert um 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%, wobei langlebige Güter überdurchschnittlich nachgefragt werden, auch weil der Wohnungsbau weiter expandiert. Anregungen kommen von der spürbaren Senkung der Einkommensteuer im Zuge der Steuerreform 2004/2005. Besonders Familien mit Kindern werden entlastet, wobei hier die marginale Konsumquote hoch ist. Fer-

ner nimmt die Beschäftigung schneller zu als zuvor, und die Arbeitslosenquote sinkt etwas. Auch dürften die Reallöhne etwas stärker heraufgesetzt werden als im Vorjahr. Mit einem Sinken der Sparquote ist hingegen nicht zu rechnen. Eher dürfte sie sich weiter erhöhen. Denn das Vorsorgesparen wird weiter an Bedeutung gewinnen. Außerdem steigen die Zinsen, was erfahrungsgemäß die Spartätigkeit fördert. Der **öffentliche Verbrauch** wird erneut auf dem Vorjahrsniveau verharren, da die öffentliche Hand ihren Sparkurs fortsetzt.

Auf dem **Arbeitsmarkt** verschlechtert sich die Lage insgesamt nicht weiter. Sie wird ab Herbst allmählich besser. Die Beschäftigung nimmt etwas schneller zu, aber auch die Zahl

der Arbeitssuchenden steigt, weiterhin alimentiert aus dem Reservoir der Zugewanderten und der Zuwanderer. Neu ist, dass die öffentliche Hand den Personalbestand einschränkt, statt immerfort aufzustocken. So streicht die Bundesverwaltung während der Jahre 2004/2006 netto ca. 10 000 Dienstposten, wobei die stärksten Einschnitte auf die Jahre 2005 und 2006 entfallen. Auch Länder und Gemeinden suchen ihren Personalbestand zu verringern. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt wiederum 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% betragen.

Die Preisentwicklung bleibt schwach aufwärts gerichtet. Von den Lohnstückkosten geht kein nennenswerter Inflationsdruck aus. Der Basiseffekt der Anfang 2004 erheblich heraufgesetzten Energiesteuern wirkt ebenfalls stabilisierend. Und nennenswerte Anhebungen indirekter Steuern und Abgaben sind nicht abzusehen. Andererseits werden die von der Euro-Aufwertung ausgehenden preisdämpfenden Effekte schwächer. Vor allem aber ermöglicht das günstigere konjunkturelle Umfeld vielfach eine spürbare Ausweitung der Gewinnmargen im Wege der Preiserhöhungen. Und schließlich erhöhen sich im Zuge der weiter steigenden Zinsen die Finanzierungskosten. Die *Konsumentenpreise* (HVPi) dürften neuerlich um 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% über dem Niveau des Vorjahres liegen.

Abgeschlossen am 15. März 2004